Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 6 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Fest. Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 79. **Mittwoch** 20. März 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* König Friedrich August traf gestern mittag in Madrid ein und wird von dort über Paris nach Dresden zurückkehren, wo seine Ankunft für Donnerstag abend 8 Uhr 44 Min. erwartet wird. (S. Dtschs. R. u. Letzte Tel.)

* Im Reichstage wurde die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über Eingriffe der Behörden ꝛc. in die Reichstagswahl fortgesetzt und die Interpellation Seyda u. Gen. über die Ausweisung der polnischen Schüler von den höheren und mittleren Schulen, deren Beantwortung die Regierung ablehnte, lebhaft besprochen. (S. Parlamentsber. 2. Beil.)

* In der Budgetkommission des Reichstags wurde gestern der Gesetzentwurf über die Regelung des Haushalts der Schutzgebiete mit einem Antrag Semler angenommen und die Mehrforderungen im Postetat für Unterbeamtengehälter wurden bewilligt. (S. Dtsche. R.)

* Graf Stolberg legte gestern als Präsident des Reichstags persönlich Verwahrung ein gegenüber dem Vorgehen der Polizei gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. (S. Dtsche. R.)

* Der türkische Sultan verlieh sowohl dem preußischen Kriegsminister von Einem wie dem Staatssekretär des Aeußern von Tschirschky den Osmanien-Orden I. Klasse.

* In Fulda fand gestern die Weihe des Bischofs Schmitt statt. (S. Dtschs. R.)

* Das Schulschiff „Großherzogin Elisabeth“ ist gestern in Bremerhaven angekommen. (S. Dtschs. R.)

* Ministerpräsident Stolypin hat die angekündigte Regierungs-Erklärung gestern in der Duma verlesen. (S. d. bes. Art.)

* England hat eine scharfe Verwarnung an den Khedive wegen der nationalistischen Umtriebe erlassen. (S. Ausl.)

* In Rumänien dauern schwere Ausschreitungen der Bauern gegen die Juden fort. (S. Ausl.)

* In einem Grundstück im Brühl ereignete sich gestern ein entsetzliches Fahrstuhlunglück. (Näh. s. „Lpzg. Ang.“.)

Die Neugestaltung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Jetzt kann man einigermaßen übersehen, wie sich die Sache nach dem 30. Juni d. J. gestalten wird. Es wird ein neues Provisorium herauskommen, das hoffentlich im Winter 1907/08 einer endgültigen Regelung Platz machen wird. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Angelegenheit für Sachsens Ausfuhrindustrie gehen wir näher darauf ein.

In den Vereinigten Staaten ist die republikanische, die schutzzöllnerische Partei fest am Ruder. Sie hat den freihändlerischen Demokraten 1896 die Herrschaft über den Präsidentensitz und die Kongreßmehrheit abgenommen und hat seithem jedesmal gesiegt. Allerdings 1906 mit stark verringerter Mehrheit. 1908 im November wird wieder gewählt; es wird wieder über Präsident und Kongreß entschieden. Das wichtigste Problem der inneren Politik in den Vereinigten Staaten ist die Eindämmung der Macht und der Gewinne der Verbindungen des Riesenkapitals, der Trusts. Der Haß gegen diese ist immerfort im Wachsen. Die demokratische Partei ist geschlossen gegen sie. In der republikanischen ebenfalls ein Flügel, und zwar bedeutsamerweise der von dem Präsidenten Roosevelt selbst geführte. Anderseits haben die Trusts einen großen Einfluß, namentlich dadurch, daß sie die Hauptgeldmittel für die republikanische Parteikasse hergeben. Sie lassen es sich unglaubliche Summen kosten, ihre Vertrauensmänner in den Kongreß zu bringen und hier auch die Vertreter einiger zweideutigen Staaten des fernen Westens dadurch auf ihre Seite zu ziehen, daß sie sie an gewinnbringenden Spekulationen beteiligen. Jeder Staat, der größte wie der kleinste, wählt zwei Senatoren, und zwar auf sechs Jahre. Doch wird alle zwei Jahre ein Drittel des Senats erneuert, während das Repräsentantenhaus alle zwei Jahre ganz neu gewählt wird. Es ist also leichter, im Senat die einmal bestehende Herrschaft zu verlängern, als im Repräsentantenhause. Die jetzige Mehrheit der Republikaner im Senat ist so stark, daß man schon mit größter Sicherheit weiß, daß sie die Neuwahl eines Drittels im November 1908 überdauern wird.

Im Senat ist die Hauptgegnerschaft gegen Zollzugeständnisse an Deutschland zu suchen. Der Präsident Roosevelt begünstigt die Schaffung eines wirklichen Vertrages mit beiderseitigen Ermäßigungen, wenn auch geringen. Aber er findet im Senat damit so wenig Gegenliebe, daß er nicht einmal gewagt hat, zum Abschluß eines Tarifvertrages auf Grund der Berichte seiner nach Berlin gesandten Kommissare (North usw.) die Anregung zu geben. Er wird auch keine Extrasession des Kongresses berufen, um einen diesem etwa vorzulegenden eigentlichen Handelsvertrag zu schaffen. Der Kongreß ist am 1. März in die Ferien gegangen und wird erst Ende November wieder zusammentreten.

Der Dingleytarif von 1897 herrscht also weiter. Deutschland hat — wie alle Ausfuhrstaaten — Ursache, sich bitter über ihn zu beklagen. Er hat die naturgemäße Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten empfindlich gehemmt. Noch weit mehr Erbitterung hat in Deutschland das Zollverfahren der Amerikaner erregt. Sie haben Nachschätzer angestellt, die das Recht haben, die Werte der von den deutschen Exporteuren vor den amerikanischen Konsuln beschworenen Fakturen zu erhöhen, womit die Zölle — diese richten sich meistens nach dem Wert — steigen. Diese sind nicht allein hoch, sondern obendrein noch unsicher.

Darin liegt allerdings ein großer Unterschied, daß der Tarif gesetzlich feststeht, während die Handhabung der Zollformalitäten in hohem Grade von den Instruktionen der Regierung abhängig ist. Die Anwesenheit der North-Kommission in Berlin hat nun die gute Folge gehabt, daß die Regierung in Washington sich davon überzeugt hat, daß der Typus des deutschen Ausfuhrhandels die Ehrlichkeit ist, nicht der Betrug; daß unser Export also ohne Not chikaniert ist. Abgeneigt gegen diese Einsicht war lange Zeit der Schatzsekretär Shaw, also der zuständige Ressortminister. Dieser ist jetzt ausgeschieden, um seine Aufstellung als Präsidentschaftskandidat für 1908 zu betreiben. Er ist der ausgesprochenste Parteigänger der Trusts, und insofern ein Gegner Roosevelts. Der neue Staatssekretär Cortelyou ist dagegen ein naher Freund des Präsidenten, und einer Besserung der Handelsbeziehungen zu Deutschland sehr wohlgeneigt.

Die amerikanische Regierung ist bereit, im Punkte der Zollbehandlung den deutschen Beschwerden abzuhelfen. Sie hat es bereits getan. Seit einiger Zeit sind keine Klagen darüber bekannt geworden. Aber im Punkte der Herabsetzung des Tarifes kann sie ohne den Kongreß sehr wenig machen. Nur der Abschnitt 3 des amerikanischen Zollgesetzes gewährt dem Präsidenten das Recht, als Gegenleistung gegen fremde Zollermäßigung gewisse Zölle herabzusetzen, nämlich auf folgende Artikel: Weinstein und Hefekristalle, Kognak, Branntwein und andere Spirituosen, Champagner, stille Weine und Wermut; Gemälde, Zeichnungen, Statuen.

Das verschlägt nicht viel. Der Präsident ist bereit, deutsche Wünsche zu erfüllen, aber mit Recht bezeichnet die Regierung zu Berlin dies als ungenügend.

Indes stehen beide Länder vor der Frage, ob sie am 1. Juli 1907 den Handelsvertrag völlig ablaufen lassen sollen. Der Vertrag (der sog. Saratogavertrag) war von Deutschland zum 1. März 1906 gekündigt. Zwei Tage vor dem Ablauf genehmigte der Reichstag eine Verlängerung bis zum 30. Juni 1907. Die Regierung empfahl das Provisorium, damit nicht der immer noch sehr wichtige Handel zwischen beiden Ländern gänzlich gestört werde. Wenn das nicht geschehen wäre, so wären die Zollermäßigungen der deutschen Handelsverträge auf amerikanische Waren nicht mehr anzuwenden gewesen. Beispielsweise hätten Weizen und Mais aus Amerika 7,5 bezw. 5 ℳ Zoll den Doppelzentner zu tragen gehabt; aus Rußland, Rumänien nur 5,5 bezw. 3 ℳ. Das hatte die Vereinigten Staaten gereizt, auch ihrerseits Zollzuschläge zu machen, die die deutschen Waren auch gegen englische, französische, belgische in empfindlichen Nachteil versetzt hätten. Darauf hätte der deutsche Bundesrat wieder mit einer Erhöhung des deutschen Zolles um 50 v. H. antworten müssen. Der Weizenzoll wäre also auf 11¼ ℳ, der Maiszoll auf 7½ ℳ gestiegen.

Der Reichstag überzeugte sich, daß er solche Folgen nicht heraufbeschwören müsse, ehe nicht alle Mittel versucht seien. Es handelt sich um eine deutsche Ausfuhr von 500 bis 550 Millionen Mark, denen allerdings eine noch weit größere Einfuhr aus Nordamerika gegenübersteht, aber diese besteht meist aus unentbehrlichen Rohstoffen, wie Baumwolle, Kupfer, Petroleum, Phosphat, Federnholz usw. Die Regierung verwandte sich nachdrücklich für die Annahme des Provisoriums. Sie hege die Hoffnung auf Erlangung einer billigen Abkommens mit der Regierung zu Washington. Ein solches über das Zollverfahren ist denn nun endlich erreicht. Ueber Ermäßigung von Zollsätzen kann bestenfalls erst im nächsten Winter ein Vertrag zustande kommen. Bis dahin muß das Provisorium wieder verlängert werden. Ein Abbruch der Handelsvertragsbeziehungen am 1. Juli d. J. muß vermieden werden. Das wird ohne Zweifel die Mehrheit des Reichstages übereinstimmend mit der Regierung bekunden.

Die Japaner im Stillen Ozean.

Die Meldung, daß das amerikanische Staatsdepartement die Vereinigung des Stillen Ozean-, des Philippinen- und China-Geschwaders zu einer Flotte mit Honolulu als Verteidigungsstützpunkt für den Stillen Ozean angeordnet habe, kommt zwar nicht überraschend, ist aber trotz aller Ableugnungen, daß diese Konzentration der Seestreitkräfte mit dem Zwischenfalle in Kalifornien in einem Zusammenhang stehe, geeignet, die Beziehungen zwischen Japan und der Union in das richtige Licht zu setzen. Es steht fest, daß die Japaner auf Hawaii und den Philippinen eine umfangreiche Spionagetätigkeit entwickeln. Zahlreiche japanische Spione sind schon im Frieden ein unsicherer Besitz, und ihre mit der amerikanischen Herrschaft unzufriedene, zu Aufständen geneigte Bevölkerung würde leicht, falls die Japaner die Zeit gekommen glauben, zu einer Revolution aufzureizen sein. Japan ist selbst nach Vollendung des Panamakanals imstande, ein Bataillon Marinekorps schneller als die Amerikaner in den Archipel zu schicken, da der Weg von Panama nach Manila noch fast sieben Mal so weit ist, als von Yokohama. Die Philippinen in Besitz zu bekommen, werden die Japaner in Zukunft kein Opfer scheuen, denn diese Inseln würden nicht nur für die bemerkte Niederlassung von mindestens 10 Millionen seiner überschüssigen Bevölkerung in Betracht kommen, sondern auch das Land der aufgehenden Sonne mit landwirtschaftlichem Reichtum versehen, an dem letzteres selbst arm ist. Die Philippinen mit ihren riesigen unausgebeuteten Fischereien würden gewaltige Einnahmen ergeben, die großen Wälder gewaltige Mengen Holz liefern. Eine 200 Millionen-Ausfuhr von Raffinade läßt sich in 10 Jahren statt der jetzigen 10 Millionen-Ausfuhr von rohem Zucker ermöglichen. Heute schon beträgt die Einnahme an Hanf jährlich 100 Millionen; die betriebsfähigen und industriell veranlagten Japaner würden Fabriken errichten und Hanfprodukte anstelle des Rohmaterials expedieren. Was den Tabak- und Zigarrenhandel angeht, so würden sich heute vielleicht noch nicht geahnte Perspektiven ergeben. Kurz, Japan würde ein Gebiet erwerben mit ungeheuren unangetasteten Mineralschätzen, ein Areal viermal so groß, als seine eigene Oberfläche und dabei kultivierbar und klimatisch außerordentlich für seine Söhne geeignet. Alle diese Aussichten werden und müssen zu einer Auseinandersetzung mit Amerika führen, falls sich dieses nicht geneigt zeigen sollte, freiwillig und gegen bares Geld auf die Philippinen zu verzichten.

Aber Japan beschränkt sich heute schon nicht nur auf den südlichen Teil des Stillen Ozeans, sondern richtet auch seine Blicke nach dem fernsten Südwesten der Küste Südamerikas. Schon in jenen Tagen, da noch der Kampf mit Rußland tobte, schickte sich Japan an, in Südamerika festen Fuß zu fassen. Es schickte einen mit den Verhältnissen im spanischen Amerika vertrauten Diplomaten, Herrn Mawetia, nach Chile, um dort die Vorbedingungen engerer Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zu studieren. Japan fand bei der chilenischen Regierung ein großes Entgegenkommen, und es ist sicher, daß sich das Gros der japanischen Einwanderer, für die die tropischen Gegenden Zentral- und Südamerikas eine große Anziehungskraft besitzen, bald nach Chile ergießen wird. Man weiß, daß Chile sich als Vormacht der südamerikanischen Republiken fühlt und trotz aller panamerikanischen Kongresse doch sich die Bevormundung seitens der nördlichen Union nicht gefallen lassen will. Die Mächte Südamerikas, besonders Chile, in einem zukünftigen Streite um die Hegemonie im Stillen Ozean auf seiner Seite zu wissen, liegt natürlich im Interesse und in den Plänen der japanischen Diplomatie. Die japanische Einwanderung nach Südamerika wird daher in letzter Zeit sehr wirksam seitens der großen japanischen Dampfergesellschaften ermutigt und wesentlich gefördert. Von der Togo-Linie Dampferlinie in Bern sind erst kürzlich nicht weniger als 800 Japaner ausgeschifft worden, die dort als landwirtschaftliche Arbeiter auf den Reisfeldern und den Zucker- und Kaffeeplantagen verwendet werden sollen. Auch Argentinien und Brasilien beabsichtigen die Masseneinfuhr japanischer Arbeiter. Vor einigen Wochen veröffentlichte die römische „Tribuna“ einen aus Sao Paulo kommenden Artikel, der klar nachweist, wie planvoll und systematisch die Japaner vorgehen. In Brasilien macht nämlich die Lage des Kaffeebaues die Masseneinwanderung von Arbeitern nötig. Die brasilianische Regierung hat nun mit der japanischen einen Vertrag abgeschlossen, nach dem innerhalb Jahresfrist 12 000 Japaner aus den Lande der aufgehenden Sonne dort eintreffen müssen.

So werden die Japaner auf großen japanischen Schiffen vorkommen, die von ihrer Regierung geleitet und beschützt werden, und sie werden so viel Waren mitbringen, daß sie in allen Handelsplätzen Brasiliens alle ähnlichen Artikel europäischer Herkunft aus dem Felde schlagen können. Jede Reise wird demnach für die japanischen Exporteure ertragsreich sein, da sie in den Kolonisten aus ihrem Lande sichere Abnehmer für alle eingeführten Nahrungsmittel haben und in den Brasilianern entzückte Käufer für ihre Möbel, Seidenwaren und keramischen Produkte, mit denen die Geschäfte der Hauptstädte zu den billigsten Preisen überschwemmt sind, finden können.

Doch nicht genug damit, daß die Japaner Südamerika als neues Einwanderungsgebiet für den Ueberschuß der Bevölkerung wählen, auch in Mexiko, wo es ebenfalls an landwirtschaftlichen Arbeitern fehlt, wollen sie festen Fuß fassen. Augenblicklich schweben noch die Verhandlungen mit der mexikanischen Regierung, während der Staat Kolumbia sogar durch einen eigenen Bevollmächtigten bei der japanischen Regierung um Hinlenkung des japanischen Auswandererstromes nach diesem Staate gebeten hat. Das sind keine angenehmen Perspektiven für die nordamerikanische Union, denn dem Mikado würde in jedem Auswanderer im Kampfe mit Nordamerika ein gefährlicher Mitstreiter entstehen.

Stolypins Erklärung.

Gestern hat endlich der russische Ministerpräsident Stolypin die lang erwartete Erklärung verlesen können. Der große Tag sollte ursprünglich der 15., die Iden des März, werden. Aber ein tückischer Zwischenfall trat damals im letzten Augenblick hindernd dazwischen — vielleicht auch eine glückliche Fügung! Denn wenn das einstürzende Deckengebälk, das Erzeugnis wahrhaft russischer Bauart, wenige Stunden später auf Rußlands erkorene Vertreter niedergeprasselt wäre; wer möchte die Folgen einer solchen Katastrophe berechnen!

Ueber den Beginn der gestrigen Sitzung erfahren wir:

Die Sitzung wird um 11 Uhr vormittags im Saale der Adelsversammlung eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die Berichte der Wahlprüfungskommissionen. Die Duma beschließt, zunächst nur die Prüfung derjenigen Mandate vorzunehmen, bei denen keine Zweifel bestehen, die Prüfung der übrigen aber aufzuschieben. Nach Beendigung der Prüfung wird die Sitzung um 1¾ Uhr unterbrochen.

Im zweiten Teile der Sitzung hat Ministerpräsident Stolypin

die ministerielle Erklärung

verlesen. In der Erklärung heißt es zunächst, der Ministerpräsident halte es für erforderlich, ein allgemeines Bild der von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen zu geben. Dann wird darauf hingewiesen, daß in den Staaten, die seit langem ein repräsentatives Regierungssystem besitzen, neue Gesetze nur die Ergebnisse normaler Notwendigkeiten sind, und daß die Regierungen in solchen Staaten keine große Mühe haben, die Annahme der Gesetze zu erreichen. In einem Lande, das sich im Zustande der Wiedergeburt und Neubildung befinde, liege die Sache anders. In einem solchen Lande spiegele jedes neue Gesetz das ganze Leben des Landes wieder, und es sei notwendig, daß alle Vorlagen der Regierung durch denselben allgemeinen Gedanken verbunden seien, der die Grundlage der Umbildung des Staates bilde, und daß dieser Gedanke verteidigt werde. Die Regierung, heißt es in der Erklärung weiter, hält es für notwendig, die vom Lande selbst aufgestellten Forderungen späterer Erwägung vorzubehalten und danach die Gesetze und Gesetzesvorlagen abzuändern. Die Regierung hat deshalb alle der Duma vorgelegten Gesetze auf derselben allgemeinen Idee aufgebaut, nämlich materielle Grundlage zu schaffen, in denen die neuen aus den jüngsten Reformen sich ergebenden Rechtsverhältnisse verkörpert sein sollen.

Unser Vaterland muß in einen konstitutionellen Staat umgewandelt werden.

Es müssen wirkliche Grundlagen geschaffen werden, um die Rechte des Staates und der Einzelpersonen zu bestimmen und festzusetzen, um die Widersprüche der alten gegen die neuen Gesetze zu beseitigen, sowie willkürliche Auslegungen der Gesetze durch Privatpersonen und Beamten zu verhindern. Deshalb hat es die Regierung für notwendig gehalten, eine Reihe von Gesetzentwürfen vorzulegen, die unter dem neuen Regime in Rußland entstanden sind.

Nachdem dann die Gesetze aufgezählt sind, die wegen ihrer Wichtigkeit bereits vor dem Zusammentritt der Duma verkündet waren und nun der Duma zur Beratung überwiesen werden, weist die Regierungserklärung auf die

Notwendigkeit einer bäuerlichen Gesetzgebung

hin, um der Landnot ein Ende zu machen, unter der der größte Teil der Nation leide. Die Regierung habe die moralische Pflicht, den Bauern gesetzmäßige Wege zu weisen, um aus dieser Not herauszukommen. Deshalb seien Gesetze erlassen, nach denen den Bauern kaiserliche und Staatsdomänen überlassen und andere Maßregeln ergriffen werden, um die Reorganisation des Loses der Bauern sicher zu stellen. Ferner sind Maßnahmen getroffen für die Emanzipation der Bauern und Gemeinden. Andere Vorlagen betreffen die

Verwirklichung des Manifestes vom 30. Oktober,

nämlich die Regelung der Gewissensfreiheit, der Freiheit des Briefwechsels, die Unverletzlichkeit der Person. Zur Sicherung der religiösen Toleranz soll die Gesetzgebung im Einklange mit dem Oktober-Manifest revidiert werden. Grundlage der Aenderungen aber bleibt das

Prinzip des christlichen Staates,

in dem die orthodoxe Religion die privilegierte ist. Die orthodoxe Kirche, Rußlands Ruhm und Stärke, muß besonders geschützt werden, ohne das Recht der übrigen Religionen zu beeinflussen.

Durch das Gesetz über die Unverletzlichkeit der Person

sollen alle Eingriffe in das persönliche Recht der richterlichen Gewalt vorbehalten werden. Die Ausnahmegesetze sollen wesentlich abgeändert, die administrative Verbannung abgeschafft werden.

In der Selbstverwaltung

der Semstwos, der Städte und der Körperschaften sollen durchgreifende Reformen mit den Wolost als kleinster Einheit durchgeführt, auch eine nationale Verwaltung der Semstwos organisiert werden. Geplant ist ferner eine Verfassungsreform auf der Grundlage der Vereinheitlichung der Zivilgewalt in den Kreisen, Gouvernements, Provinzen usw. und eine Justizreform, bei der die Wahl von Friedensrichtern durch die Ortsbevölkerung die Grundlage bildet. Ferner werden auch eine Anzahl Reformen auf dem Gebiete des Zivil- und Strafprozeßwesens eingebracht, so die Zulassung von Verteidigern bei der Voruntersuchung, und eine Codifizierung des gesamten Strafrechts, des Hypothekenrechts und des jetzigen Grundeigentumsrechts vorgeschlagen. Die Gesetze, die die Ackerbauverwaltung vorlegen wird, bezwecken, die bäuerliche Bevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht durch Vermehrung ihres Landbesitzes zu kräftigen. In betreff der Landarbeiterfrage ist die Regierung von der absoluten Notwendigkeit der Beteiligung des Staates an der Gestaltung der Lage der Arbeiter überzeugt. Da die Regierung der Ansicht ist, daß die Arbeiterbewegung eine Besserung der Lage der Arbeiter bezweckt, wird sie von allen Maßregeln absehen, die geeignet sind, die Bewegung zu nähren oder einzudämmen.

Die Regierung wird auch das Interesse der Gesellschaft wahren, um sie gegen Ausschreitungen zu schützen. Ferner sei eine Invaliden- und Krankenversicherung der Arbeiter geplant. Auch sei der Ausbau der Eisenbahnen geplant, sowohl in Europa, als auch im fernen Osten. Alle geplanten Reformen seien nicht zu verwirklichen ohne eine radikale Reform des öffentlichen Unterrichts, und ohne daß die Finanzen es gestatten. Der Duma liege nunmehr die schwierige Aufgabe ob, das

Budget

zu beraten. Die Regierung ersucht Sie deshalb, damit unverzüglich zu beginnen. Die Budgeteinnahmen seien niedriger geworden infolge der Aufhebung der Ablösungszahlungen, die die Bauern für ihre Ländereien zu zahlen hatten, und wegen der Zinszahlungen für die im Auslande aufgenommenen Anleihen. Der unglücklich verlaufene Krieg mache auch, so groß auch der Wunsch auf Erhaltung des Friedens sei, neue Ausgaben erforderlich.

Die Erklärung fährt fort: Wenn wir unsere militärische Machtstellung und damit die Würde des Vaterlandes wahren und unsere Zustimmung nicht dazu geben wollen, daß wir unseren Platz unter den Großmächten verlieren, dann dürfen wir nicht vor der Notwendigkeit der Ausgaben zurückschrecken, die uns die große Vergangenheit Rußlands auferlegt. Der außerordentliche Charakter dieser Anforderungen zwingt zu

außerordentlichen Einnahmequellen.

Infolgedessen kündigt die Erklärung eine Einkommensteuer und die Aenderung der Erbschaftssteuer an. Ein Teil der Staatseinkünfte soll den Organen der Selbstverwaltung überlassen werden.

Am Schlusse der Erklärung heißt es: Die Beruhigung und Wiedergeburt Rußlands ist nur möglich auf dem Wege der Verwirklichung der neuen Prinzipien. Die Regierung ist bereit, die größten Anstrengungen zu machen. Ihre Arbeitskraft und ihr guter Wille stehen der Duma zur Verfügung, die als Mitarbeiterin der Regierung leben wird, die es für ihre Pflicht hält, die geschichtlichen Forderungen Rußlands zu wahren und die Ordnung und Ruhe im Lande wiederherzustellen, das heißt, eine feste, rein russische Regierung, die die Regierung des Kaisers sein soll und sein wird.

Die vom Ministerpräsidenten Stolypin abgegebene Erklärung wird von der

großen Mehrheit der Duma mit Schweigen

und nur von der Rechten mit Beifall aufgenommen. Sodann hält der sozialdemokratische Abgeordnete Zereteli eine flammende Rede gegen die Regierung, in der er in heftigen Ausdrücken die Politik des Kabinetts Stolypin und die Auflösung der Duma kritisiert. Redner wirft dem Ministerpräsidenten die Einführung der Feldgerichte vor, die Knebelung der Presse und die sogenannte Verbesserung des Loses

SLUB
Wir führen Wissen.